

17. Wahlperiode

---

## Antrag

der Piratenfraktion

### **Transparenz und Kostenkontrolle stärken – Berichtspflicht für die Erweiterung des Bauhaus-Archivs von Beginn an**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus im Abstand von drei Monaten Bericht zu erstatten über den Fortgang der Erweiterung des Bauhaus-Archivs. Innerhalb des Berichts sind (ggf. nach Bauteil getrennt) auszuweisen:

- der jeweilige Stand von Ausschreibungen, Vergaben und Beauftragungen
- der jeweilige Mittelabfluss im Soll-Ist-Vergleich sowie der Stand der Belegung des Unvorhergesehenen
- eine Fortschreibung des Kostenrahmens, aufgeschlüsselt nach DIN 276
- eine Fortschreibung des Rahmenterminplans und des Bauablaufplans unter Bezugnahme auf die einzelnen Gewerke, Planungs- und Bauphasen
- das Auftreten besonderer, „unvorhergesehener“ Ereignisse, die Planung, Kosten oder Bauablauf beeinflussen sowie dazugehörige Risikoanalysen und deren finanzielle Auswirkungen
- Veränderungen am Bedarfsprogramm und sukzessive Anpassungen in der Erstellung von Vor-, Entwurfs- oder Bauplanung
- regelmäßige aktualisierte Übersichten über beteiligte Gewerke und Stellen

2. Den Abgeordneten ist auf Anfrage zudem Einsicht zu gewähren in das Bedarfsprogramm, sämtliche, die Ausschreibungen, die Planung und den Bauablauf betreffende Unterlagen sowie die in Auftrag gegebenen Gutachten und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen.

### ***Begründung:***

Die bisherige Informationspolitik bezüglich großer Bauvorhaben im Land Berlin ist unzureichend und bedarf dringender Modifikation. Die Praxis, das Abgeordnetenhaus im Rahmen von Hauptausschussvorlagen („roten Nummern“) zu informieren, greift unseres Erachtens zu kurz und weist lediglich die Kostensteigerungen und daran verbundene Begründungen in der Retrospektive aus. Während dies formal nicht zu beanstanden ist, zeigt sich in der Praxis jedoch, dass diese nachlaufenden Vorlagen wenig informativ sind, kaum vergleichbar und entsprechend nicht nachvollziehbar – ein eindringliches Beispiel sind die Vorlagen des Sanierungsprojekts Staatsoper.

Die Vorlagen zum Bauhaus-Archiv (rote Nummern 1786, 1786 A und 2021) sind in der Qualität deutlich verbessert gegenüber den Vorlagen zu anderen Bauvorhaben. Der entscheidende Punkt wäre jedoch, diese Vorlagen regelmäßig in Form von Berichten fortzuschreiben und in der erweiterten und nachvollziehbaren Form dem Abgeordnetenhaus zugänglich zu machen, bevor nachlaufend Kostenerhöhungen bekannt gegeben werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit geben leider Anlass dazu, diese Maßnahmen zu fordern.

Das Abgeordnetenhaus kann und soll in seiner Funktion als Haushaltsgesetzgeber gestärkt werden – gerade wenn es um die Kontrolle der Mittel geht, die es selbst bereitstellt. Im Dienste einer Verbesserung dieser Kontrollfunktion ist den zuständigen Fachausschüssen umfassende Information zu gewährleisten – auch der Bund als anteiliger Geldgeber erhält entsprechende Informationen im Rahmen von Berichten sowie in den jeweiligen Ausschüssen zur Planungs- und Baubegleitung. Gerade weil das Land Berlin im Falle des Bauhaus-Archivs seinen Haushalt mit 28,1 Millionen Euro belastet und das Abgeordnetenhaus in seiner Gesamtheit – und nicht nur die Koalitionsfraktionen – der Kontrolle verpflichtet ist, gilt es hier, die entsprechenden Mechanismen rechtzeitig zu schaffen.

Es geht hier zudem nicht darum, zusätzliche Berichte anzufordern, da diese durch Generalplaner oder Projektsteuerung ohnehin erstellt werden und eine regelmäßige Kostenkontrolle intern ohnehin vorgenommen wird. Auch bietet die DIN 276 eine adäquate Systematik, nach der die Kostenentwicklungen ohne größeren zusätzlichen Aufwand ausgewiesen werden könnten.

Berlin, den 19.01.2016

Prieß      Delius  
und die übrigen Mitglieder  
der Piratenfraktion